

## "Wir halten nichts auf"

**EU-Wettbewerbskommissarin Vestager verspricht eine schnelle Freigabe von Corona-Hilfen. Im deutschen Konjunkturpaket sieht sie eine Chance für Europa.**

J. Hildebrand, T. Hoppe

Die EU-Kommission hat eine schnelle Prüfung der Corona-Wirtschaftshilfen zugesagt. "Wir halten hier nichts auf", sagte EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager dem Handelsblatt. "Wir brauchen derzeit im Mittel 13 Tage von der Anmeldung bis zur Genehmigung - das ist Lichtgeschwindigkeit für die Beihilfenkontrolle." Laut Vestager hat die EU-Kommission bisher 280 Entscheidungen über Corona-Hilfen mit einem Gesamtvolumen von 2,9 Billionen Euro getroffen. "Rund die Hälfte der Summe" entfalle auf Deutschland.

Doch bei der Umsetzung des 130 Milliarden Euro schweren Konjunkturpakets der Bundesregierung hakt es. Nach einer Übersicht des Bundesfinanzministeriums wurde bisher erst eine von elf notwendigen Förderrichtlinien von der Brüsseler Behörde genehmigt. "Viele der Programme wurden noch gar nicht bei uns angemeldet", kontert Vestager. Tatsächlich wird in den Ministerien noch an Richtlinien gearbeitet, etwa zur Förderung der Luftfahrtbranche oder der Autoindustrie.

Immerhin: Vestager sieht in dem deutschen Konjunkturpaket eine Chance für Europa. Es würden auch die Lieferanten anderswo profitieren, wenn ein deutsches Unternehmen Hilfe erhalte, sagte sie. "Wenn dieser Mechanismus funktioniert, kann Deutschland zur Lokomotive Europas werden." Zombie-Firmen fürchtet sie nicht. "Natürlich kann es vorkommen, dass ein Unternehmen gerettet wird, das eigentlich so nicht mehr überlebensfähig ist." Aber das seien "Einzelfälle. Ich sehe kein systematisches Problem."

-Fortsetzung auf Seite 4 /// "Wir halten nichts auf" //

Die Folgen der Coronakrise bekommt EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager täglich zu spüren. Das fängt schon bei den Dienstreisen an. Von Kopenhagen nach Berlin gab es am Montag nur einen einzigen Flug, der die Dänin für ihren Besuch in die deutsche Hauptstadt brachte. Und die anschließende Weiterreise nach Brüssel war nur mit Zwischenstopp in Amsterdam möglich. In Berlin traf die Vizepräsidentin der EU-Kommission Finanzminister Olaf Scholz (SPD) und Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU). Auch in diesen Gesprächen ging es um die Corona-Folgen. Viele Hilfsprogramme, welche die Staaten auferlegen, müssen von Vestagers Beamten genehmigt werden. Im Handelsblatt-Interview erklärt die Kommissarin, wie sie vorgeht - und warum ihre Behörde derzeit in "Lichtgeschwindigkeit" arbeitet.

Frau Vestager, viele Teile des Corona-Konjunkturprogramms der Bundesregierung sind noch nicht in Kraft, weil die Freigabe der EU-Kommission fehlt. Verzögert Brüssel den dringend benötigten Konjunkturimpuls?

Das sehe ich anders: Wir halten hier nichts auf. Viele der Programme wurden noch gar nicht offiziell bei uns angemeldet. Wir reden erst in einer frühen Phase miteinander. Und das ist auch verständlich, schließlich ist das Konjunkturprogramm eine gigantische Kraftanstrengung der Bundesregierung und hochkomplex. Unsere Rolle als Wettbewerbshüter ist immer dieselbe: sicherzustellen, dass die Maßnahmen notwendig und verhältnismäßig sind, die Steuerzahler also nicht mehr bezahlen als unbedingt nötig.

Die Bundesregierung diskutiert teils noch, ob die einzelnen Programme notifiziert werden müssen. Sind die EU-Regeln zu kompliziert oder ist Berlin zu langsam?

Wir brauchen derzeit im Mittel 13 Tage von der Anmeldung bis zur Genehmigung - das ist Lichtgeschwindigkeit für die Beihilfenkontrolle. Ob ein Mitgliedstaat ein Programm anmeldet oder nicht, ist in erster Linie seine Entscheidung. Als Faustregel gilt: Je selektiver die Hilfen fließen, desto eher ist es ein Fall für uns. Deshalb prüfen wir allgemeine Maßnahmen wie Kurzarbeit oder die Mehrwertsteuersenkung auch nicht. Kompliziert wird es dann, wenn es um das Zusammenspiel unterschiedlicher Programme geht.

Ist das bei den deutschen Hilfsmaßnahmen häufig der Fall?

Ich sehe generell keine spezifischen Hindernisse bei den deutschen Maßnahmen. Wir haben bereits 15 unterschiedliche Programme der Bundesregierung freigegeben. Insgesamt haben wir 280 Entscheidungen über Corona-Hilfen getroffen, mit einem Gesamtvolumen von ungefähr 2,9 Billionen Euro.

Wie groß ist der Anteil Deutschlands an den gesamten Hilfen in der EU?

Deutschland steht weiterhin für rund die Hälfte der Summe. Wir versuchen uns derzeit einen Überblick zu verschaffen, wie viel Gelder die einzelnen Regierungen tatsächlich ausgezahlt haben. Das wird helfen, die Diskussion darüber zu versachlichen.

Befürchten Sie, dass Deutschland mit seinem großen Haushaltsspielraum zur wirtschaftlichen Übermacht wird in der EU?

Entscheidend für mich ist, dass alle Hilfen notwendig und verhältnismäßig sind. Das Problem ist: Nicht alle Mitgliedstaaten können sich das leisten. Wir wollen einerseits eine große Fragmentierung des Binnenmarktes verhindern. Andererseits profitieren auch die Lieferanten anderswo, wenn ein deutsches Unternehmen Hilfe erhält. Wenn dieser Mechanismus funktioniert, kann Deutschland zur Lokomotive Europas werden. Immerhin haben in den vergangenen zehn Jahren alle von Deutschland verlangt, dass es mehr ausgibt. Jetzt gibt es mehr aus, und jetzt soll auch das ein Problem sein?

Um den Staatseinstieg bei der Lufthansa wurde hart gerungen. Unionspolitiker haben sogar gedroht, Deutschlands Bereitschaft, sich am europäischen Wiederaufbaufonds zu beteiligen, werde ablehnen, wenn die EU-Kommission die Lufthansa-Rettung mit zu harten Auflagen versehe. Fühlten Sie sich erpresst?

Es ist doch ganz normal, dass die Emotionen auch mal hochkochen. Es steht für alle viel auf dem Spiel - für das Unternehmen selbst, aber auch für dessen Wettbewerber. Und die Luftfahrtbranche ist derzeit in einer besonders schwierigen Lage. Ich verstehe, dass die Beteiligten empfindlicher reagieren. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass wir als Wettbewerbshüter unseren Job machen müssen.

Nicht nur die Umsetzung der deutschen Konjunkturprogramme zieht sich, auch am europäischen Wiederaufbaufonds wird noch gearbeitet. Haben Sie die Sorge, dass die Hilfe zu spät bei der Wirtschaft ankommt?

Das Besondere an den Programmen ist, dass sie mehr sind als nur Konjunkturpakete. Wir wollen nicht einfach zurück in die Zeit vor der Pandemie. Mit den Mitteln aus dem Wiederaufbaufonds soll die Wirtschaft zugleich digitaler und grüner werden. Und das ist wichtig, weil die Maßnahmen mit Geld finanziert werden, das wir uns von der nächsten Generation leihen. Deshalb sollte es auch in ihrem Sinne eingesetzt werden.

Die Generation, die aktuell um ihre Arbeitsplätze fürchtet, würde sich vermutlich über einen schnellen Konjunkturimpuls freuen.

Manche Sektoren sind besser durch die Krise gekommen als andere. Die Kurzarbeit - ein deutsches Wort, das man mittlerweile in ganz Europa nutzt - hilft uns. Das dämpft den Anstieg der Arbeitslosigkeit. Und die Konjunkturprogramme werden dann zusätzlich unterstützen und die Erholung beschleunigen. Das Geld wird aber mit Bedacht ausgegeben, um die strategischen Ziele Europas zu erreichen: Wir wollen der erste Kontinent sein, der 2050 klimaneutral wirtschaftet, und wir wollen digitale Technologien besser nutzen.

Wirtschaftsminister Peter Altmaier hat der deutschen Stahlindustrie massive Staatshilfen in Aussicht gestellt, damit sie bis 2050 klimaneutral wird. Solche Subventionen in neue Technologien würden Sie dann unterstützen?

Zu einzelnen Fällen kann ich nichts sagen. Aber grundsätzlich ist es richtig, dass wir grünen Stahl produzieren müssen. Wahrscheinlich werden wir dafür auch Subventionen benötigen. Aber sie sollten möglichst effizient eingesetzt werden. Da können wir auf die Erfahrungen aus dem Energiesektor zurückgreifen. In Deutschland sind dank der Ausschreibungen, die unsere Beihilferegeln für solche Subventionen vorschreiben, die Kosten für **Solarenergie** in den vergangenen Jahren um die Hälfte gesunken. Windkraftanlagen kommen nun ohne staatliche Unterstützung aus.

Der deutsche Stahlkonzern Thyssen-Krupp kämpft schon lange mit Problemen. Nun wird sogar über einen Staatseinstieg spekuliert. Würden Sie dem zustimmen?

Das hängt vom Einzelfall ab. Ich habe schon sehr früh in dieser Krise darauf hingewiesen, dass Staaten möglicherweise bereit sein müssen, sich an Unternehmen zu beteiligen, wenn sie eine feindliche Übernahme verhindern wollen. Und zweitens haben wir sehr viele staatliche Unternehmen in Europa. Das wird häufig vergessen. Es geht also ums Wie: Wenn sich ein Unternehmen mit Staatsbeteiligung als Marktteilnehmer im Wettbewerb stellt, dann halten wir uns raus. Wenn die Beteiligung aber wie eine Staatshilfe wirkt, dann müssen wir genauer prüfen, damit andere Wettbewerber nicht geschädigt werden.

Für Deutschland ist die Autoindustrie besonders bedeutsam. In Konjunkturkrisen gab es immer wieder Hilfe, etwa Kaufprämien. Helfen solche Maßnahmen, damit die Autokonzerne den technologischen Wandel schaffen, beispielsweise hin zur Elektromobilität? Oder behindern solche Staatshilfen den Strukturwandel?

Wir diskutieren mit Verbänden der Autoindustrie, wie die Hersteller beim technologischen Wandel zusammenarbeiten können, ohne den Wettbewerb zu beeinträchtigen. Ich denke, das ist machbar. Wir werden der Autoindustrie hoffentlich Hinweise geben können, in welchen Bereichen sie kooperieren kann, ohne auf Konkurrenz zu verzichten. Das ist wichtig. Wir brauchen Innovationen. Subventionen können helfen, aber der echte Antrieb für Innovationen ist Wettbewerb.

Die Bundesregierung würde gerne die Deutsche Bahn stärken. Im Konjunkturprogramm ist eine Kapitalspritze von fünf Milliarden Euro vorgesehen. Es gibt aber noch kein grünes Licht aus Brüssel. Warum tun Sie sich damit so schwer?

Auf Einzelheiten kann ich nicht eingehen. Aber grundsätzlich ist es immer schwieriger, wenn es um ein großes Unternehmen

geht und wenn eine Rekapitalisierung dann auch noch ein großes Volumen hat.

Einige deutsche Ökonomen fürchten, dass der Staat mit seinen milliardenschweren Hilfen viele Unternehmen rettet, die schon vor der Krise nicht mehr wettbewerbsfähig waren. Teilen Sie die Sorge vor einer Zombie-Wirtschaft?

Natürlich kann es vorkommen, dass ein Unternehmen gerettet wird, das eigentlich so nicht mehr überlebensfähig ist. Aber das sind Einzelfälle. Ich sehe kein systematisches Problem. Es gibt klare Vorgaben. Unternehmen bekommen nicht einfach so Staatshilfe. Es werden Verluste ausgeglichen, die ihnen durch die Pandemie entstehen.

Frau Vestager, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellten Jan Hildebrand und Till Hoppe.

-Kommentar Seite 15

Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Natürlich kann es vorkommen, dass ein Unternehmen gerettet wird, das eigentlich so nicht mehr überlebensfähig ist. Aber das sind Einzelfälle.

Margrethe Vestager

EU-Wettbewerbskommissarin

Vita

Hüterin des Wettbewerbs Ab 2014 machte sich Margrethe Vestager durch ihr unerschrockenes Vorgehen gegen Konzerne wie Google und Apple einen Namen. Nach der Europawahl 2019 beförderte Ursula von der Leyen die liberale Politikerin zur Exekutiven Vizepräsidentin, zuständig für Industrie- und Wettbewerbspolitik.

Zuletzt musste die 52-Jährige aber auch Niederlagen einstecken - das Gericht der EU kippte in erster Instanz ihre 13-Milliarden-Steuernachzahlung für Apple.

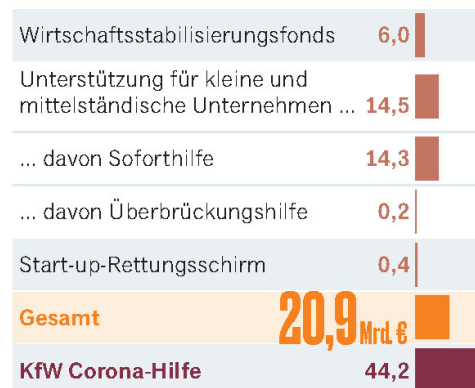
Krisenpolitikerin Zu Beginn der Coronakrise lockerte die Kommission die strengen Regeln für Staatshilfen in der EU. Seit Mitte März haben Vestagers Beamte schon 280- mal über Corona-Hilfen entschieden.

Hildebrand, J.

Hoppe, T.

## Bisher wenig Ausschüttungen

Konjunkturprogramm der Bundesregierung,  
Genehmigtes Volumen in Mrd. Euro



HANDELSBLATT Quellen: BMWi, Bruegel, KfW, eigene Recherche

Handelsblatt Nr. 174 vom 09.09.2020  
© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.  
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de

Quelle:	Handelsblatt print: Nr. 174 vom 09.09.2020 Seite 001
Ressort:	Seite 1 Thema des Tages
Börsensegment:	mdax ICB5751
Dokumentnummer:	E2B7572C-9A39-4BB1-973A-3203A8106B97

**Dauerhafte Adresse des Dokuments:**

[https://www.wiso-net.de/document/HB\\_E2B7572C-9A39-4BB1-973A-3203A8106B97%7CHBPM\\_E2B7572C-9A39-4BB1-973A-3203A8106B97%7CHBPM](https://www.wiso-net.de/document/HB_E2B7572C-9A39-4BB1-973A-3203A8106B97%7CHBPM_E2B7572C-9A39-4BB1-973A-3203A8106B97%7CHBPM)

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH



© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH